

ERGEBNISSE DER KONFERENZEN IN RIO UND JOHANNESBURG

Dr. Jochen Zeiger

Ergebnisse der Konferenzen in Rio und Johannesburg

Tagung des RKL und der Uni Halle in Teutschenthal 2003

Dr. Jochen Zeiger ist amt. Geschäftsführer Industrie, Umwelt und Konjunktur der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Ulrichplatz 2, 39104 Magdeburg, Tel. 0391-5693150, Fax: 0391-5693159, Internet: www.magdeburg.ihk.de. Er hat an den Konferenzen in Rio de Janeiro und Johannesburg teilgenommen.

GLIEDERUNG	SEITE
1 Einleitung	2659
2 Zweifelhafter Aufwand	2660
3 Bescheidende Ergebnisse	2660
3.1 Nationale Nachhaltigkeitsstrategien	2660
3.2 Unternehmensverantwortung	2660
3.3 Keine eigenständige UN -Umweltorganisation	2661
3.4 Trinkwasser, sanitäre Grundversorgung	2661
3.5 Erneuerbare Energien, Zugang zu Energie	2661
3.6 Klimaschutz	2661
3.7 Handel und Globalisierung	2662
3.8 Kreislaufwirtschaft, Ökoeffizienz	2662
3.9 Chemikalien	2662
3.10 Biologische Vielfalt	2662
3.11 Natürliche Ressourcen	2663
3.12 Fischerei	2663
4. Fehlende Festlegungen	2663

1 Einleitung

Mit dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht) wurde 1987 erstmals ein tragfähiger Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Umwelt hergestellt und die „nachhaltige Entwicklung (sustainable development)“ begründet. Die wichtigsten Empfehlungen der Brundtland-Kommission war der Vorschlag, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen, welche dann 1992 in Rio de Janeiro stattfand.

Auf der Konferenz in Rio haben deshalb 178 Staaten, darunter Deutschland, mit der Agenda 21 ein Handlungsprogramm für eine nachhaltige, umweltgerechte und zukunftsfähige Entwicklung beschlossen.

Auf der UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm waren erstmals grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes auf der Tagesordnung der UNO. Die Umweltpolitik wurde als globales Politikfeld etabliert, u.a. wurde das Verursacherprinzip in die politische Diskussion eingeführt.

Mit dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht) konnte 1987 erstmals ein tragfähiger Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Umwelt hergestellt und die „nachhaltige Entwicklung (sustainable development)“ begründet werden.

Wichtigste Empfehlung der Brundtland-Kommission war der Vorschlag, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen, welche 1992 in Rio de Janeiro stattfand.

2 Zweifelhafter Aufwand

An der Konferenz in Johannesburg nahmen 21.340 (1992 in Rio de Janeiro: 17.000) Personen aus 191 Regierungen, Verbänden und Organisationen teil. Sie teilten sich auf in Delegierte (ca. 3.000), offizielle und informelle Teilnehmer. Neben dem eigentlichen Gipfel fand noch eine Expo der NGOs (non governmental organisation) sowie eine EXPO der am 21-Prozess beteiligten Länder und Wirtschaftsgruppierungen statt. Insgesamt waren am Gipfel ca. 60.000 Personen beteiligt.

3 Bescheidene Ergebnisse

Der Johannesburg-Gipfel beschloss neue Ziele und Umsetzungsprogramme für Umweltschutz und Armutsbekämpfung weltweit. Zu den wesentlichen Ergebnissen des Gipfels zählen:

3.1 Nationale Nachhaltigkeitsstrategien

Die Bedeutung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien wird hervorgehoben und auf deren Umsetzung ab 2005 gedrängt. Die Staaten beschlossen, die Einrichtung oder Verbesserung von Nationalen Nachhaltigkeitsräten weiterhin zu unterstützen, mit dem Ziel, einen „high level focus on sustainable development strategies“ zu schaffen.

3.2 Unternehmensverantwortung

Die Unternehmensverantwortung soll weiter gefördert und voran getrieben werden. Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden für

- freiwillige Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Staat,
- Dialog- und Management-Initiativen,
- effektive Implementierung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen, internationaler Initiativen und nationaler Regelungen zur Unternehmensverantwortung.

Die Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge stellen gutes Beispiel für Unternehmensverantwortung dar. Danach wurde 2002 in der letzten

Stufe das relative CO₂-Minderungsziel zwischen der BRD und der deutschen Wirtschaft auf 28 % bis zum Jahr 2005 festgelegt.

3.3 Keine eigenständige UN-Umweltorganisation

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) unter Klaus Töpfer wurde nicht zu einer eigenständigen Umweltorganisation der Vereinten Nationen aufgewertet. Damit gab es keine Veränderung der bestehenden Balance der UN-Einrichtungen in Johannesburg.

3.4 Trinkwasser/Sanitäre Grundversorgung

Der Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung, insbesondere Abwasserentsorgung, und zu unbedenklichem Trinkwasser soll bis 2015 halbiert werden. Das konkrete Aktionsprogramm soll verhindern, dass weiterhin täglich etwa 6000 Menschen an den Auswirkungen verschmutzten Trinkwassers sterben.

Anmerkung: Nach abgeglichenen Quellen der Weltbank (1994), der WHO (World Health Organization, 1986) und des UN-Sekretariats (2000) durch Lomborg hatten

- 1979 ca. 30 % und 2000 ca. 81 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer Zugang zu einer Wasserversorgung und
- 1979 ca. 23 % und 2000 ca. 54 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer Zugang zu sanitären Einrichtungen.

3.5 Erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung soll weltweit deutlich erhöht und die Umsetzung dieses Ziels als Vorgabe in den kommenden Jahren regelmäßig überprüft werden. Die Festlegung eines konkreten Zeitziels ist am Widerstand insbesondere der USA, Japans und der OPEC gescheitert. Einigkeit wurde darüber erzielt, vor allem den Menschen in Entwicklungsländern den Zugang zu Energie zu erleichtern. Derzeit leben noch etwa zwei Milliarden Menschen, vor allem in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer, ohne Stromanschluss. Der Zugang zu Energie ist einer der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

3.6 Klimaschutz

Die Staaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, appellieren an die Nichtunterzeichner-Staaten, das Protokoll ebenfalls zu ratifizieren. Die USA und Australien lehnen das Protokoll aber ab. China, Kanada und Russland haben die

Ratifizierung in Johannesburg angekündigt. Mit der Ratifizierung durch Russland kann das Protokoll in Kraft treten.

3.7 Handel und Globalisierung

Umweltschädliche Subventionen sollen (ohne Zeitvorgabe) abgebaut werden. Dies betrifft vor allem Steinkohlesubventionen. Eine Vereinbarung zum Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen wurde nicht abgeschlossen. Besonders Entwicklungsländer hatten einen deutlichen Abbau von Agrarsubventionen der Industrieländer gefordert.

3.8 Kreislaufwirtschaft/Ökoeffizienz

Es soll ein Zehnjahres-Rahmenprogramm für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (Ökoeffizienz, Kreislaufwirtschaft, Ökolabels u.ä.) aufgelegt werden.

3.9 Chemikalien

Bis zum Jahr 2020 soll eine Minimierung gesundheits- und umweltschädlicher Auswirkungen von Chemikalien erreicht werden.

Anmerkung: Mit PRTR (Pollutant release and Transfer Register) der UNO und EPER (European Pollutant Emission Register) nach der IVU-RL (Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung - Richtlinie) der EU sollen zwei (konkurrierende) Schadstoffemissionsregister eingeführt werden. Ziel ist der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Information über die Emissionen von Unternehmen zu geben. Die Einführung des PRTR-Systems in Deutschland kostet mehrere hundert Millionen Euro.

3.10 Biologische Vielfalt

Bis zum Jahr 2010 soll eine deutliche Reduzierung des Rückgangs der biologischen Vielfalt erreicht werden.

Anmerkung: Nachgewiesene ausgelöschte Arten seit 1600:

110 Säugetiere (2,44 %), 103 Vögel (1,08 %), 21 Reptilien (0,33 %), 5 Amphibien (0,12 %), 82 Fische (0,34 %), 235 Weichtiere (0,24 %), 9 Schalentiere (0,23 %), 98 Insekten (ca. 0,01 %), 396 Gefäßpflanzen (0,16 %).

Die IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources), die die Rote Liste führt, hat ca. 30 Mio. Spezies weltweit mit einer Auslöschungsrate von ca. 2300 Arten pro Jahr ermittelt, das entspricht 0,08 % alle 10 Jahre.

3.11 Natürliche Ressourcen

Der Verlust der natürlichen Ressourcen wie Seen und Wälder soll so bald wie möglich gestoppt werden.

Anmerkung: Die FAO (Food and Agriculture Organisation der UNO) hat festgestellt, dass weltweit die Waldfläche seit 1958 (Beginn der Statistik) um 0,85 % gewachsen ist. Neuanpflanzungen und Plantagen werden mit eingerechnet, da sie die Abholzung gewachsener Bestände verhindern.

Nach Schätzungen der FAO wurden in den 80-er Jahren pro Jahr ca. 0,8 % der Tropenwälder abgeholzt, in den 90-er Jahren waren es 0,7 %. Die Tropenwälder wurden im Jahr 2001 nach Auswertung von Satellitenaufnahmen um 0,46 % reduziert.

3.12 Fischerei

Bis zum Jahr 2015 soll die Umkehr des Rückgangs der Fischbestände erreicht werden, was allerdings nur mit einem abschwächenden Zusatz durchgesetzt werden konnte („spätestens, wenn möglich bis 2015“).

Anmerkung: Nach abgeglichenen Quellen des Worldwatch Institute (1998), der US-Regierung (2000) und der FAO (2000 und 1997) durch Lomborg resultiert die Steigerung des weltweiten Fangertrages von 1950 mit ca. 21 Mio. Jahrestonnen bis 1989 auf ca. 88 Mio. Jahrestonnen hauptsächlich aus dem Fischfang. Die Steigerung bis 1999 auf ca. 92 Mio. Jahrestonnen ergab sich jedoch ausschließlich aus der Steigerung der Fischzucht. Die Abfischung der Weltmeere könnte ohne ökologische Schäden bei den Gesamtbeständen auf 100 Mio. t erhöht werden. Das Problem ist die partielle Überfischung und deren Ausgleich.

4 Fehlende Festlegungen

Die nachhaltige Entwicklung ist als ausgewogenes Verhältnis von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten definiert. Wirtschaftliche und soziale Fragen waren in Johannesburg eindeutig unterrepräsentiert. Die Diskussion außerhalb des Plenums (nur Delegierte hatten Zutritt zu den Verhandlungen im Plenarsaal) vermittelten folgenden Eindruck:

Von den Problemen der Welt betreffen 80 % die Bekämpfung des Hungers, 10 % den Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen und 10 % weitere Probleme.

Anmerkung zum Hunger in der Welt:

Lt. Statistik der FAO (2000) ist die Zahl der Unterernährten (55 % über physischem Minimum) von 917 Mio. in 1970 auf 792 Mio. in 1997 gesunken. 2010 werden 680 Mio. unterernährte Menschen erwartet, 2030 sollen es 401 Mio. sein.

Da die Entwicklungsländer seit 1970 einen Zuwachs von 1,9 Mrd. Menschen verzeichnen, ist die Zahl der Hungernden von 35 % in 1970 auf 18 % in 1996 gesunken.

FAZIT:

Der Zustand der Welt und der Menschheit ist nicht unbedingt gut, aber die meisten Indikatoren zeigen, dass sich die Lage verbessert und nicht verschlechtert.